Stand: 13.12.2025 04:55:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13809

"Geschlossen gegen Menschenfeindlichkeit - für Demokratie und Rechtsstaat"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13809 vom 25.10.2016
2. Beschluss des Plenums 17/13864 vom 26.10.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.10.2016 **Drucksache 17/13809**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Geschlossen gegen Menschenfeindlichkeit – für Demokratie und Rechtsstaat

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Bei allen Mitgliedern des Landtags herrscht tiefe Bestürzung über den Tod eines Polizisten beim Versuch, einen sogenannten Reichsbürger zu entwaffnen. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen, Freunden, Kolleginnen und Kollegen des getöteten Polizisten, wir denken aber auch an die drei weiteren verletzten Polizeibeamten und hoffen auf deren baldige Genesung.

Mit dem brutalen Angriff in der mittelfränkischen Gemeinde Georgensgmünd hat die menschen- und demokratiefeindliche Entwicklung der vergangenen Monate einen weiteren schockierenden Höhepunkt erreicht. Unter diesem Eindruck stellt sich der Landtag mit aller Entschiedenheit gegen jede Form und Androhung menschenfeindlicher Gewalt.

Der Landtag spricht all jenen Personen, die sich aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer sexuellen Identität, ihres politischen bzw. humanitären Engagements oder im Dienste unseres demokratischen Gemeinwesens von menschenfeindlicher Gewalt bedroht fühlen, seine volle Solidarität aus und verspricht, sich für ihre Sicherheit einzusetzen.

Darüber hinaus verurteilt der Landtag die menschenfeindliche und verschwörungstheoretische Stimmungsmache, die derzeit auf widerlichste Weise nicht nur in sozialen Medien, sondern auch im Rahmen von Kundgebungen und sonstigen Wortmeldungen den politischen Diskurs in unserem Land vergiftet, aufs Schärfste. Denn unsere Demokratie ist nicht erst dann bedroht, wenn menschenfeindliche Gewalttaten öffentliches Aufsehen erregen. Die derzeit verstärkt zu beobachtende Hetze gefährdet das demokratische Klima. Diese Aggressivität und die Sprache des Hasses bilden den Nährboden für entsprechende Gewalttaten. Menschenfeindliche Einstellungen und Ausgrenzungstendenzen gefährden nicht nur einzelne explizit bedrohte Personengruppen, sondern unsere Demokratie als Ganzes.

Die Reaktion auf die aktuelle Gefahrenlage darf sich deshalb nicht allein in sicherheitspolitischen Maßnahmen erschöpfen. So wichtig es ist, durch Repression der menschenverachtenden Gewalt und Hetze entgegen zu treten, so unerlässlich ist es, sich langfristig und in allen Politikfeldern mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen. Nur durch ein breites Angebot an entsprechenden Präventions-, Interventions- und Bildungsangeboten sowie durch die Stärkung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft wird es uns gelingen, langfristig bis zum Kern des Problems vorzudringen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.10.2016 **Drucksache** 17/**13864**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**13809**

Geschlossen gegen Menschenfeindlichkeit – für Demokratie und Rechtsstaat

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Katharina Schulze
Abg. Dr. Florian Herrmann
Abg. Florian Ritter
Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlossen gegen Menschenfeindlichkeit - für Demokratie und Rechtsstaat
(Drs. 17/13809)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer u. a. und Fraktion (CSU)
Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus
(Drs. 17/13822)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sind tief bestürzt über den Tod des Polizisten Daniel Ernst, der letzte Woche zusammen mit seinen Kollegen einen sogenannten Reichsbürger entwaffnet hat. Unsere Gedanken sind bei seinen Angehörigen, bei seinen Freundinnen und Freunden und bei seinen Kolleginnen und Kollegen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir denken natürlich auch an die drei Polizeibeamten, die bei diesem Einsatz verletzt worden sind. Wir wünschen ihnen schnelle und gute Besserung.

(Allgemeiner Beifall)

Mit diesem brutalen Angriff hat die menschenfeindliche und demokratiefeindliche Entwicklung der vergangenen Monate einen weiteren schockierenden Höhepunkt erreicht. Im ersten Halbjahr des Jahres 2016 gab es bei politisch motivierten Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte eine Steigerung von 261 % gegenüber dem Vorjahr. Die rassistische Hetze hat massiv zugenommen, offline genauso wie online. Immer mehr

Menschen werden Opfer von rechtsextremer und rassistischer Gewalt, auch in Bayern. Erst am Montag hat die Ludwig-Maximilians-Universität eine Studie zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgestellt. Diese hat erschreckende Zahlen zu den Einstellungsmustern veröffentlicht.

Wir reden also schon lange nicht mehr nur von Einzelfällen. Wir reden von einem massiven Sicherheitsproblem und der Bedrohung unserer Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das empfinden auch die Bürgerinnen und Bürger so. Im letzten ARD-Deutschlandtrend kam heraus, dass 84 % der Bevölkerung Angst vor rechtsextremer Gewalt haben. Wir in diesem Parlament müssen uns fragen: Tun wir alles, was in unserer Macht und im Einklang mit dem Rechtsstaat steht, um solche Gewalt zu verhindern? – Ja, wir haben eine gute und engagierte Polizei, die für unsere Sicherheit sorgt. Die Polizei tut dies gemeinsam mit den anderen Strafverfolgungsbehörden. Die Polizei kann Verbrechen aufklären und Täter überführen. Durch gute Ermittlungsarbeit kann sie sogar Verbrechen verhindern. Aber die Polizei formt nicht das gesellschaftliche Klima. Hier sind wir beim Kern des Problems. Am Anfang von Hass und Gewalt steht nicht die Tat. Am Anfang steht das Wort. Die Sprache, das Denken und die Wortwahl sind der Humus, auf dem die giftigen Pflanzen von Herabwürdigung, von Ausgrenzung und von Nichtdazugehören gedeihen. Alle, die in unserem Land aus menschenfeindlichen Motiven prügeln, brandstiften und morden, tun das, weil sie denken, dass ihre Opfer weniger wert sind als sie. Sie denken, dass ihre Opfer weniger wert sind, weil sie aus einem anderen Land kommen, eine andere Religion haben, schwul oder lesbisch sind, eine Behinderung haben oder weil sie obdachlos sind.

Dieses Denken, dass nur derjenige dazugehört, der bestimmte Kriterien erfüllt, und derjenige außen vor bleibt, der das nicht tut, ist die Saat für Hass und Gewalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht in die Köpfe der Gewalttäter hineinsehen. Wir können auch nicht dort hineinregieren. Wir können und müssen durch Repression der menschenverachtenden Gewalt und Hetze entgegentreten. Aber, und hier kommt das große Aber, wenn wir dabei stehen bleiben, bekommen wir das Problem nicht in den Griff. Es gibt drei Dinge, die wir darüber hinaus auch tun müssen.

Erstens. Wir müssen besser vorbeugen. Wir brauchen die Schulen, die Betriebe, die Kirchen, die Vereine und die Zivilgesellschaft als Verbündete. Diese müssen klarmachen, dass es um Menschen geht und nicht darum, ob jemand ein Flüchtling ist, eine andere Hautfarbe hat oder eine andere Religion hat. Jeder Mensch hat das Recht, frei von Gewalt zu leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir Präventions- und Bildungsprogramme, die genau das vermitteln und die die Verbündeten unterstützen. Wir brauchen Geld, damit diese Programme wirken können.

Zweitens. Wir brauchen – und da blicke ich besonders in die rechte Hälfte des Hauses und auf die Regierungsbank – endlich das Eingeständnis, dass wir in Bayern ein massives Problem mit menschenfeindlicher Gewalt, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus haben. Alles der Polizei zu überlassen und sich selbst einen schlanken Fuß zu machen, das reicht nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein politisches Problem, und das müssen wir auch politisch bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bekennen wir doch endlich alle zusammen ganz klar und deutlich, aus welcher Ecke die Gefahr kommt. Die Zeiten sind zu ernst, um weiterhin die Augen vor der Realität zu verschließen. Deswegen haben wir, die GRÜNEN, heute diesen Antrag gestellt. Es ist wichtig, dass wir heute gemeinsam als Bayerischer Landtag ein klares Zeichen

gegen die Menschen- und Demokratiefeinde, gegen die Rechtsextremisten, Rassisten, Rechtspopulisten und Hasser senden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam zu diesem Thema zu stehen, heißt nicht, jeden Dissens einzustellen. Es bedeutet aber, dass wir bei den Regeln, wie wir unsere Unterschiedlichkeit austragen, konform gehen. Dazu gehört, dass Hass und Hetze nicht dazugehören, dass Gewalt und die Diskursverschiebung nach rechts etwas sind, was wir nicht länger dulden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Wir müssen auch darauf achten, wie wir reden. Wer bestimmte Gruppen verächtlich macht, weil er sie ausgrenzt, über sie redet, als wären sie weniger wert, wer in das gleiche Horn stößt wie die Rechtspopulisten, Rassisten, Hetzer und Hasser, der befördert den Hass und ermutigt die Täter. Es geht nicht nur darum, die Sprache des Hasses zu vermeiden, sondern es geht vor allem darum, der Sprache des Hasses entgegenzutreten. Es geht darum, klarzumachen, dass wir keine Gewalt dulden, weder durch das Wort noch durch die Tat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Menschfeindlichkeit gefährdet nicht nur einzelne Gruppen, sondern unsere Demokratie als Ganzes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt habe ich gesehen, dass die CSU auch noch einen Antrag hochgezogen hat. Daher muss ich jetzt noch einmal die Frage stellen: Warum fällt es Ihnen so schwer, wenn jemand Opfer von einem rechten Reichsbürger wurde, wenn die Straf- und Gewalttaten von rechts massiv steigen, diese Dinge genau so zu benennen? Warum

schreiben Sie keinen Antrag, der genau dieses Thema kritisiert und dafür Lösungen anbietet?

Nach den schrecklichen Anschlägen von Paris und Brüssel haben wir doch genau dasselbe gemacht. Wir haben hier gemeinsam über islamistischen Terrorismus diskutiert. Wir haben hier gemeinsam überlegt, wie man den islamistischen Terrorismus bekämpfen und eindämmen kann. Ich habe eben in meiner Rede aufgezeigt, dass die rechte Gewalt in Bayern steigt und steigt. Auch der Rassismus steigt.

(Josef Zellmeier (CSU): Auch die Linke!)

– Herr Zellmeier, jetzt fangen Sie schon wieder an. Mit unserem Antrag haben wir versucht, genau das zu vermeiden.

Wenn wir uns die Realität und die Gemengelage in unserem Land ansehen, dann sehen wir, dass Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte massiv steigen und immer mehr Menschen Opfer von rechter Gewalt werden. Es wurde sogar ein Polizist von einem Reichsbürger getötet. Ja, er wurde getötet. In einem Teil der Bevölkerung sind die Einstellungsmuster so, dass sie andere ablehnen, nur weil sie angeblich nicht typisch deutsch, bayerisch oder whatever sind. Menschen werden abgelehnt, weil sie vielleicht eine andere Religion oder eine andere Hautfarbe haben. Wenn wir diese Fakten zusammentragen und genauer ansehen, dann merken wir, dass es einen massiven Anstieg gibt. Ich verstehe wirklich nicht, warum Sie als CSU-Fraktion nicht einmal einem Antrag zustimmen können oder selber einen Antrag stellen, in dem steht, dass wir in Bayern ein Problem mit dem Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben. In diesem Antrag sollten dann auch die Maßnahmen stehen, mit denen Sie dieses Problem lösen wollen.Das verstehe ich einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim islamistischen Terrorismus vermischen Sie die Sachen auch nicht. Wir müssen uns mit den Sachen beschäftigen, bei denen wir ein Problem haben. Dann können wir Maßnahmen und Lösungen erarbeiten.

Abgesehen davon ist Ihr Antrag inhaltlich voller Fehler. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus ständig weiterentwickelt wird. Ich weiß nicht, wer den Antrag geschrieben hat. Aber er wurde, so glaube ich, nicht mit den Kollegen aus dem Innenausschuss besprochen. Das ist genau die Debatte, die wir seit Jahren in diesem Hohen Haus führen. Das Problem ist doch gerade, dass das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus nicht durch die Wissenschaft evaluiert wird. Das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus räumt dem Thema Repression einen so hohen Stellenwert ein und der Prävention nur einen kleinen. Wir hatten letzte Woche eine Anhörung mit namhaften Experten im Innenausschuss. Diese Expertinnen und Experten haben alle unsere Kritikpunkte wiederholt. Die Expertinnen und Experten haben gesagt: Wir dürfen den Rechtsextremismus nicht nur aus einem kleinen Winkel betrachten, sondern wir müssen auch die Aspekte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus etc. mit hineinnehmen. Dann können Sie doch in Ihrem Antrag nicht schreiben: Mit unserem Handlungskonzept läuft alles super, und wir entwickeln das ständig weiter. Das stimmt nicht, ist nicht so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der andere Punkt hat mich auch geärgert. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, Sie würden sich dazu bekennen, den Opfern zu helfen. Ich möchte an den Juni 2015 erinnern. Wir haben hier darüber debattiert, weil wir GRÜNE einen Antrag eingebracht haben, dass wir endlich eine Beratungsstelle für Opfer von rechter und rechtsextremistischer Gewalt brauchen. Wir haben das Thema hoch- und runterdiskutiert und haben gesagt, warum das so wichtig ist, und zwar, weil der Rassismus und Extremismus zunimmt. Diese Seite im Plenum hat diesen Antrag abgelehnt. Jetzt schreiben Sie in Ihrem Antrag: Wir als Landtag stellen fest, dass wir den Opfern helfen. Wenn Sie das

wirklich machen, müssten Sie in Zukunft eine Opferberatungsstelle einrichten oder unserem Antrag diesbezüglich zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schulze, Sie wundern sich, warum wir einen eigenen Antrag bringen, und Sie vermuten, dass wir Ihren ablehnen. Ihr Antrag bietet eine gute Gelegenheit, grundsätzlich über die Frage Extremismusbekämpfung in unserem Land zu sprechen. Über das Spezialthema Reichsbürger und die schlimme Tat von letzter Woche werden wir nachher noch zu sprechen kommen.

Sie haben Ihren Antrag "Für Demokratie und Rechtsstaat" überschrieben. Ich räume gerne ein, dass ich selten einen Antrag der GRÜNEN gelesen habe, der so viele Passagen enthält, denen ich voll und ganz zustimmen kann. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass es weitgehend Allgemeinplätze sind. Auch ich verurteile Stimmungsmache und Hetze in der realen Welt und in den sozialen Medien. Auch wir sind solidarisch mit den Opfern von Gewalt, und auch ich bin der Meinung, dass repressive Maßnahmen wichtig sind, aber durch präventive Bausteine ergänzt werden müssen. Dieser grundlegenden Zielsetzung sind wir uns im ganzen Bayerischen Landtag völlig einig. Dazu brauchen wir nicht den Antrag der GRÜNEN; denn das entspricht bereits der täglichen Praxis aller Behörden in Bayern. Der Landtag braucht nichts zuzusichern, der Landtag braucht nichts zu versprechen, was jeden Tag von Polizisten, Schulen und Gerichten praktiziert wird. Genau das ist es, was die Staatsregierung in ihrem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Salafismus mit dem Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung umsetzt, und zwar sehr erfolgreich, wie die objektiven Zahlen zeigen, insbesondere im Vergleich mit den Bundesländern, in denen Rot oder Grün regiert.

Ich will gar nicht auf die Einzelheiten dieser Programme eingehen, über die wir schon häufiger diskutiert haben und wozu letzte Woche eine Anhörung durchgeführt wurde. Ich will vielmehr verdeutlichen, warum wir dem Antrag nicht zustimmen und warum Sie ganz grundsätzlich falsch liegen in Ihren Herleitungen und Schlussfolgerungen, die dem Antrag zugrunde liegen. Ich mache das an der Kritik fest, die dem Antrag zu entnehmen ist, dass wir uns nicht nur mit dem rechten Rand, sondern mit Einstellungen und Gesinnungen in der Mitte der Gesellschaft befassen sollen. Ich kann Ihnen gleich sagen, dass wir von einer solchen Herangehensweise nichts halten. Ihr Grundansatz der sogenannten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist verfehlt, weil ihm ein falsches Menschenbild und ein falsches Gesellschaftsbild zugrunde liegen. Eine pluralistische Gesellschaft ist gerade durch ihre Unterschiedlichkeit geprägt, dadurch, dass wir unterschiedliche Gruppen, unterschiedliche Lebensmodelle haben. Sie ist auch dadurch geprägt, dass sich diese unterschiedlichen Gruppenmodelle, unterschiedlichen Individuen und unterschiedlichen Kollektive mit unterschiedlichen Meinungen und Wertvorstellungen auseinandersetzen. Der Staat muss dafür sorgen, ein System zu haben, das diese Interessengegensätze in einen gerechten Ausgleich bringt und die Rechte des Einzelnen, vor allem die Grundrechte, wahrt und sichert. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates, eine völlig homogenisierte Gesellschaft zu erzwingen, die völlig frei von Gruppenkonflikten wäre, in der quasi alle dasselbe zu denken und zu tun haben. Eine solche Vorstellung ist illiberal, unnatürlich und illusorisch. Das wäre Robespierre pur.

Solange Rechtspositionen Dritter nicht beeinträchtigt werden, ist das freie Äußern seiner Meinung eines der zentralen Grundrechte unserer Verfassung. Selbstverständlich dürfen Rassismus, Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit keinen Platz in Bayern haben. Es ist aber gerade nicht die Aufgabe der Polizei und des Verfassungsschutzes, eine Art Gesinnungs-TÜV durchzuführen.

Ich weise daher ganz entschieden zurück, dass Sie und andere das ganze Land unter einen rechtsextremen Generalverdacht stellen. Hier und an anderen Stellen berufen

Sie sich auf die sogenannten "Mitte"-Studien. Aus diesen Studien haben Sie herausrechnen lassen, dass die bayerische Bevölkerung eine besonders rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellung habe. Auch die in dieser Woche zitierte Studie der LMU behauptet, 56 % der bayerischen Bevölkerung seien bezogen auf Muslime menschenfeindlich. Ein solches Ergebnis entspricht nicht meiner persönlichen Wahrnehmung und auch nicht der Wahrnehmung der meisten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Eine solche Schlussfolgerung ist, um es mit dem Kommentar des Chefredakteurs des "Münchner Merkur" heute zu sagen, ziemlich unverschämt. Es ist infam, mehr als die halbe Bevölkerung als Problembürger abzustempeln und sie dann anschließend zum Zielobjekt eines wirksamen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus zu machen. Man könnte das auch Umerziehungsprogramm nennen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Auf Ihr Ergebnis kann man nur kommen, wenn man ideologiegetrieben Fragen stellt. Deshalb zweifle ich die Wissenschaftlichkeit dieser Studien an, und zwar nach dem Motto: Je weiter links ich stehe, desto früher beginnt rechts.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Florian Herrmann (CSU): Nachher dann.

Von Beginn an standen die "Mitte"-Studien wegen eklatanter methodischer Schwächen in der wissenschaftlichen Kritik. Wenn schon die Bejahung der These, die Sitten und Bräuche des Islam sind mir nicht geheuer, reicht, um sich dem Verdacht auszusetzen, gegenüber Muslimen menschenfeindlich eingestellt sein, dann belegt dies den undifferenzierten Generalverdacht, ebenso wenn die Bejahung der Frage in einer früheren Studie: Stehen sie der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands positiv gegenüber, zur Einordnung in ein rechtes Spektrum führt.

Deshalb schließe ich mich der Bewertung des Berliner Politologen Klaus Schroeder an, der sagte, diese Studie sei nicht seriös, sondern eine ausgesprochen linke Kampfschrift gegen liberale und konservative Auffassungen und die hiesige Gesellschaftsordnung. Ich sage: Hören Sie einfach mal auf, unsere Gesellschaft mit Ihren ideologiegetriebenen Ansätzen umerziehen zu wollen, unabhängig davon, ob es die Ideologie von der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder die Genderideologie ist. Normale Menschen, die nicht zehn Semester Soziologie studiert haben, verstehen nicht mehr, wovon die Rede ist. Sie stigmatisieren große Teile der Bevölkerung völlig zu Unrecht. Mit dieser Denkweise spalten Sie unsere Gesellschaft. Sie stoßen rechtstreue Bürger vor den Kopf, die nicht mehr sagen, was sie denken, weil sie nicht so perfekt wie so manch andere auf der politisch korrekten Klaviatur mitspielen können.

Ist das Ihre Vorstellung von Meinungsfreiheit? – Ich glaube, man entfremdet dadurch Menschen von unserem politischen System und braucht sich nicht zu wundern, wenn sich diese dann Extremen zuwenden.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Auf diese wissenschaftlich erscheinende, aber trotzdem falsche ideologische Grundlage können wir keine konkreten Handlungen des Staates stützen und werden das auch nicht tun. Was wir brauchen und was wir haben, sind Konzepte, die im konkreten Einzelfall Wirkung zeigen, die vom Extremismusbegriff ausgehen, also davon, dass sich Menschen außerhalb des demokratischen Spektrums, außerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen und derartige Gedanken in konkrete Handlungen umwandeln. Darum geht es. Das zu beobachten, ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes und der Behörden. Die Extremismusbekämpfung ist darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir brauchen auch die Beteiligung der Bevölkerung und deren Unterstützung, die in der überwiegenden Mehrheit – ich gehe davon aus, das ist die Erfahrung von jedem

hier – Rassismus, Antisemitismus und ähnlichen extremistischen Vorstellungen eine deutliche Absage erteilt.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wer hat denn das aufgeschrieben?)

Das ist der Grund, weshalb wir Ihren Antrag ablehnen und zu unserem um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian Ritter.

(Isabell Zacharias (SPD): Was ist Genderideologie? Das möchte ich gern einmal wissen!)

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Herrmann, ich habe ein paar Anmerkungen zu machen. Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass diese Einstellungsstudien – es gibt ja nicht nur die "Mitte"-Studie – in der Sozialwissenschaft mittlerweile gang und gäbe sind und kein besonderer Ausdruck einer wie auch immer gearteten linksextremen Wissenschaft, die nach Ihrer Meinung an deutschen Universitäten gelehrt wird. – Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist: Sie sagen, Sie wollen in diesen Debatten letztendlich die wissenschaftlichen Ansätze nicht dabeihaben, das sei alles völlig praxisfern. Die bayerische Polizei greift bei der Kriminalitätsbekämpfung zu Recht auf die modernsten naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse, Beispiel Profiling, zurück. Wenn es hier aber um Präventionsprogramme geht, sagen Sie: Nein, also da wollen wir die Wissenschaft eigentlich nicht dabeihaben, das könnte unsere Ideologie, die wir seit Jahren hier im Hause verbreiten, infrage stellen. Ganz so, Herr Kollege, geht es

im Umgang mit der Wissenschaft dann auch wieder nicht, dass man sie heranzieht, wenn man sie gerade braucht, und sie ansonsten ablehnt.

Niemand hier hat behauptet, dass es hier darum geht, die Meinungen durch die Polizei überwachen zu lassen, sondern wir haben immer gesagt, dass es darum geht, eine politische Auseinandersetzung auch in der Gesellschaft zu führen, wobei wir alle für einen demokratischen, pluralen und toleranten Staat eintreten. Das ist unser Ziel. Wie soll man Ihrer Meinung nach mit dem Antisemitismus umgehen? – Ich interpretiere jetzt einmal nicht, was Sie gesagt haben, dass nach Ihrer Meinung Antisemitismus völlig in Ordnung sei, wenn er nicht in rechtsextremen Organisationen verbreitet worden sei.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie die Zeit.

Florian Ritter (SPD): So interpretiere ich das nicht. Ich würde Sie bitten, einmal zu sagen, was wir gegen den Antisemitismus tun sollen, den wir auch außerhalb extremistischer Organisationen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Kollege, erstens will ich einmal klarstellen, dass ich nicht von "linksextremistischer Wissenschaft" an deutschen Universitäten gesprochen habe. Wenn es schon so weit wäre, dann wäre es schwierig.

Zu der anderen Frage will ich sagen: Ich glaube, es ist einfach eine unterschiedliche Herangehensweise. Ich habe herausgestellt, dass wir uns völlig einig sind in der Einschätzung extremistischen Gedankenguts und möglicherweise im schlimmsten Fall daraus resultierender Handlungen. Die Frage ist nur, wie man das bekämpft. Meine feste Überzeugung ist, dass ich vom Extremismusbegriff ausgehen muss, abgeleitet aus dem Grundgesetz oder der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne der wehrhaften Demokratie im Sinne des Bundesverfassungsgerichts. Alles, was sich

in diesem Spektrum befindet – ein Teil berührt auch die Meinungsfreiheit – ist zunächst einmal zu akzeptieren.

Ich tue mich schwer damit, wenn ich von diesem Grundansatz abweiche und auf solche undifferenzierten oder schwer zu greifenden Definitionen wie diejenige der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder diese "Mitte"-Studien zurückgreife und versuche, das Koordinatensystem damit einzustellen. Das Problem fängt schon mit der Frage an, welche Mitte eigentlich gemeint ist. Von wo betrachte ich das? Einer, der rechts steht, wird die Mitte woanders definieren als einer, der links steht. Ich halte das für kein geeignetes Kriterium.

In der Auseinandersetzung, meine ich, muss man verfassungsfeindliches Gedankengut, das sich in Antisemitismus oder anderen extremistischen Einstellungen äußert, identifizieren und bekämpfen. Man muss natürlich präventiv dafür sorgen, dass das nicht zum Ausbruch kommt, dass es sich nicht verfestigt, sich nicht weiterentwickelt. Das passiert in Bayern, und zwar ganz erfolgreich.

Ich will nicht – das sehe ich häufig in diesen Anträgen und der Vorstellung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit –, dass wir durch das Land gehen und schauen, wo wir mit irgendetwas Infizierte finden. Der eine bekommt den Aufkleber "Nazi", der andere den Aufkleber "Rassist", der Dritte den Aufkleber "Sexist". Ich glaube, diese Vorstellung treibt die Gesellschaft auseinander.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, Ihre zwei Minuten Redezeit sind auch um.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Darum halte ich das für falsch. Der Gedanke muss sein: Wo ist Extremismus? Den müssen wir bekämpfen, präventiv und repressiv.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke. – Nächster Redner ist Prof. Dr. Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich glaube, wir müssen diese Diskussion, die hier entstanden ist, versachlichen. Wir haben einen Antrag der GRÜNEN, der sagt: "Geschlossen gegen Menschenfeindlichkeit". Daneben haben wir einen Antrag der CSU, der sagt: entschlossen gegen Extremismus. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Eindruck, dass keiner genau weiß, was Menschenfeindlichkeit und was Extremismus ist, inwieweit die Begriffe zusammenhängen oder auch nicht zusammenhängen.

Frau Schulze hat ja schon gesagt: Der Antrag der GRÜNEN geht auf eine Studie der Ludwig-Maximilians-Universität München zurück, die am Montag veröffentlicht worden ist und sich ausschließlich mit der Menschenfeindlichkeit beschäftigt hat. Das ist übrigens nicht die erste Studie; denn Menschenfeindlichkeit wird schon seit Langem untersucht. Ich verweise auf die Untersuchung von Andreas Zick oder, vor allem, von Wilhelm Heitmeyer, der das schon seit Jahrzehnten tut. Die Ergebnisse der Untersuchungen zur Frage, was Menschenfeindlichkeit ist, sind in allen Studien die gleichen, auch in der Studie der LMU.

Herr Herrmann, was ist Menschenfeindlichkeit? – Folgende Elemente spielen dabei ausschließlich eine Rolle: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Islamfeindlichkeit und Sexismus. Das Wort "Extremismus" taucht da gar nicht auf, das hat damit auch gar nichts zu tun. Deswegen ist Ihr Antrag eine Themaverfehlung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Studien sind eindeutig. Um das einmal zusammenzufassen: Alle Extremisten sind menschenfeindlich, aber die meisten menschenfeindlichen Bürgerinnen und Bürger sind keine Extremisten. Damit wird eigentlich ganz klar: Das sind zwei völlig verschiedene Themen. Leider, Frau Schulze, haben auch Sie das vermischt, weil Sie dann auf den Extremismus eingegangen sind. Ihr Antrag ist gut, was die Menschenfeindlichkeit

betrifft. Ich frage mich allerdings, was sich die Verwaltung dabei gedacht hat – die ich sonst sehr schätze, wie man weiß –; denn in § 60 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung heißt es, dass nachgereichte Anträge zum gleichen Thema sein müssen. Fremdenfeindlichkeit ist aber ein völlig anderes Thema als Extremismus. Insofern, Herr Herrmann, müssten Sie Ihren Antrag eigentlich als unzulässig zurückziehen. Ich will hier aber keine Geschäftsordnungsdebatte aufmachen, sondern mich auf die Studie der LMU beziehen. Darin wird die Menschenfeindlichkeit bayernweit untersucht.Die Ergebnisse sind die gleichen wie die aus den vorher genannten Studien. Und daher, Herr Herrmann, stimmen wir dem, was Sie unter der Nummer 2 Ihres Antrags geschrieben haben, auch nicht zu. Die Studie sagt zu Menschenfeindlichkeit: Ressentiments und Vorurteile sind in Bayern kein Randphänomen einer speziellen Gruppe, sondern in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt. Das ist sehr beunruhigend, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Das sieht man an den Beispielen, die ich der Studie entnommen habe. Die Muslime sind das häufigste Ziel von feindlichen Einstellungen. Das hat aber mit Extremismus nichts zu tun. Ein Fünftel der Befragten hat der Aussage zugestimmt, dass es in Deutschland zu viele Muslime gibt. Da ist von Extremismus keine Rede. Bis zu 80 % haben in Abstufungen der Aussage zugestimmt, dass sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. Bis zu 75 % haben in Abstufungen der Aussage zugestimmt, dass Sinti und Roma aus den Innenstädten zu verbannen sind. Bis zu 75 % haben der Aussage zugestimmt, dass Flüchtlinge meine Lebensweise bedrohen. Das hat mit Extremismus gar nichts zu tun, Herr Herrmann; das ist Menschenfeindlichkeit.

Deswegen müssen wir uns fragen, was zu tun ist, und wir müssen uns dazu die Studie anschauen. Das fehlt mir bei Ihnen, Frau Schulze, Sie haben keine Konsequenzen gezogen. Ich will nur drei Punkte herausgreifen. Erstens. Die Befragten sind mit der Arbeit der Politiker unzufrieden und neigen deswegen zu feindseligen Einstellungen, wie ich sie eben genannt habe. Das heißt für uns Politiker: Wir müssen glaubwürdiger und

transparenter werden. Die Studie ergibt nämlich, dass der Bürger politisch nicht desinteressiert ist, sondern sich vom politischen System subjektiv nicht mehr wahrgenommen fühlt. Das ist einer der Gründe für Menschenfeindlichkeit.

Zweitens. Mit steigendem Bildungsniveau nehmen negative Einstellungen entscheidend ab. Was fordern wir die ganze Zeit? Bildung, Bildung, Bildung. Bildung ist das beste Mittel, um Menschenfeindlichkeit zu verhindern.

Ein drittes Ergebnis: Ältere Leute sind eher menschenfeindlich als junge Leute, und zwar ziemlich. Junge Leute sind nur zu 2 bis 8 % menschenfeindlich. Das heißt noch einmal: Bildung, Bildung, Bildung für die jungen Menschen, damit wir die menschenfeindlichen Einstellungen überwinden können.

Ich fasse zusammen: Menschenfeindlichkeit hat nichts mit Extremismus zu tun, sie ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft werden infrage gestellt, um sich selber aufzuwerten. Das ist das eindeutige Ergebnis der Studie. Das hat also mit Extremismus nichts zu tun, sondern mit Artikel 1 des Grundgesetzes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Was wir brauchen – das ist mein Schlusssatz –, hat der Theologe Hans Küng in seinem Buch "Projekt Weltethos" zusammengefasst, indem er gesagt hat: "Diese eine Welt braucht ein Ethos; diese eine Weltgesellschaft braucht keine Einheitsreligion und Einheitsideologie, wohl aber einige verbindende und verbindliche Normen, Werte, Ideale und Ziele." Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch eine Menge zu tun.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIEN WÄH-

LER sind tief betroffen vom Tod des Polizisten, der versucht hat, einen sogenannten Reichsbürger zu entwaffnen. Wir trauern mit seinen Angehörigen und nehmen wahr, dass Angriffe auf Polizisten in letzter Zeit immer mehr zunehmen. Polizist ist ein Risikoberuf; das ist jedem Polizisten bewusst. Aber das, was in letzter Zeit passiert ist, ist zu viel, und da sollten wir alle gemeinsam zusammenstehen und alles tun, um die Entwicklung aufzuhalten und zu verhindern. Polizisten dürfen bei uns nicht zum Angriff freigegeben werden. Das ist auch im Moment nicht die Gefahr; aber die Angriffe und Übergriffe gegenüber Polizisten, die in den letzten Wochen und Monaten stattgefunden haben, dürfen wir nicht stehen lassen. Dagegen müssen wir uns gemeinsam mit aller Härte stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Eine zweite Bemerkung. Als ich die beiden Anträge las, hatte ich ursprünglich den Eindruck, dass wir nach dem, was in den letzten Tagen vorgefallen ist, doch versuchen sollten, aus diesem Haus ein gemeinsames Zeichen zu senden. Was ich aber gerade gehört habe, war eher ein gegenseitiges Missverstehen. Herr Herrmann, ich habe den Antrag der GRÜNEN nicht so wie Sie gelesen. Ich sehe hinter ihm auch keine tiefe Ideologie, sondern den Versuch, über Menschenwürdigkeit, über das Menschenbild und über Demokratie zu reden, und das sollte uns allen am Herzen liegen.

Wir FREIEN WÄHLER werden beiden Anträgen zustimmen, obwohl es um zwei verschiedene Themen geht und sie sicher auch zwei verschiedene Thematiken behandeln. Aber wir FREIEN WÄHLER wollen gerade in der im Moment aktuellen Lage einer zunehmenden Radikalisierung aus diesem Haus ein Zeichen der Gemeinsamkeit und nicht ein Zeichen des Trennens und des gegenseitigen Missverstehens senden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da bin ich bei dem dritten Punkt angelangt, der auch im Antrag der GRÜNEN auftaucht, nämlich dem der Sprache. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten ange-

sichts der Flüchtlingsdebatte, aber auch angesichts der zunehmenden Extreme in der Politik verfolgt, dass die Sprache von verschiedenen Seiten immer mehr eskaliert und verroht ist. Insofern glaube ich, dass wir alle gut daran tun – ich rufe auch alle dazu auf –, als Politiker die Sprache zu deeskalieren und sich gegenseitig gut zuzuhören. Das, glaube ich, verhindert auch Extremismus in der Gesellschaft. Insoweit sind wir als Politiker auch Vorbilder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich fand es übrigens interessant – dies als Seitenbemerkung –, dass Horst Seehofer vorher davon sprach, Angela Merkel habe gestern auf dem Medientag von einer postfaktischen Gesellschaft gesprochen. Ich war da. Sie hat es nicht getan. Sie hat davon gesprochen, dass immer mehr Menschen sagen, wir würden in einer postfaktischen Gesellschaft leben, und dass das Algorithmen – das war nämlich das Thema – auch befördern, dass wir aber als Politiker darauf achten sollten, die Fakten ernst zu nehmen, aufgrund von Fakten zu argumentieren und aufgrund von Fakten zu handeln. Das war der Satz von Angela Merkel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass das der Bayerische Ministerpräsident missversteht, ist, muss ich schon sagen, ein Problem. In diesem Fall lebt nämlich er in einer postfaktischen Gesellschaft. Es ist genau einer der Punkte, die wir sehr ernst nehmen müssen, als Politiker sorgsam auf die Sprache zu achten, uns sorgsam gegenseitig zuzuhören, sorgsam auch Anträge zu lesen und Anträge im Zweifelsfall vielleicht auch einmal positiv zu sehen und nicht nur Negatives herauszulesen.

Insofern stimmen wir beiden Anträgen zu, auch wenn wir nicht jeden Satz des CSU-Antrags teilen können, insbesondere was das Eigenlob der Staatsregierung betrifft. Ich glaube, auch da gibt es noch das eine oder andere nachzubessern. Ich betrachte aber das, was in Punkt 3 enthalten ist, als Arbeitsprogramm für die Staatsregierung und nehme auch die Worte auf, die gerade Kollege Gantzer genannt hat. Das tue ich als

Bildungspolitiker sehr gern. Bildung ist der Schlüssel, um Extremismus und Menschenfeindlichkeit zu verhindern. Das sollten wir sehr ernst nehmen. Wir sollten uns in diesem Bereich sehr anstrengen und gerade in diesen Zeiten das Gemeinsame in diesem Haus mehr betonen als das Trennende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die CSU-Fraktion hat für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schwaches Bild!)

Da müssen wir 15 Minuten warten. Wir ziehen die einfache Abstimmung nicht vor, sondern machen das gemeinsam.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bewährte Zuständigkeit für Autobahnen in Bayern belassen – Privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft verhindern – Beschluss des Landtags umsetzen!" auf Drucksache 17/13808 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 14. Mit Nein haben gestimmt 113. Stimmenthaltungen gab es 18. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wir haben jetzt noch die Abstimmungen zu den davor debattierten Dringlichkeitsanträgen durchzuführen. Hierzu rufe ich nochmals den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13809 auf. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Über diesen Dringlichkeitsantrag wird in einfacher Form abgestimmt. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zu-

stimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/13822 stimmen wir in namentlicher Form ab. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.31 bis 17.36 Uhr)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Schreyer und anderer und Fraktion betreffend "Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus" auf Drucksache 17/13822 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 93. Mit Nein haben gestimmt 46. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.10.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer u. a. und Fraktion CSU; Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus (Drucksache 17/13822)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto			
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	93	46	0